Nr. 20. — Erstes Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 13. Januar 1896.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die südafrikanische Angelegenheit

steht noch immer im Vordergrunde der politischen Ereignisse. Die Pariser Abendblätter vom Sonnabend erklären übereinstimmend, daß die Situation in der Transvaalfrage wieder verschärft sei. Der „Temps" schließt einen Artikel, der der Haltung der Transvaalregierung zu Deutschland beipflichtet: „Es sei wahrhaftig nicht nöthig, hinter den bescheidenen Forderungen des Präsidenten Krüger machiavellistische Zettelungen Kaiser Wilhelms zu sehen, noch darauf mit Kriegsdrohungen zu antworten." Der „Temps" schreibt: Alles was der Präsident Krüger verlangt, ist Ersatz des durch den verbrecherischen Einfall verursachten Schadens und die loyale Interpretation des Vertrages, in welchem kein Wort von Suzeränetät und Vasallenthum enthalten ist. Es ist unnöthig, hinter diesen bescheidenen Forderungen machiavellistische Umtriebe Deutschlands zu sehen und darauf mit Kriegsdrohungen zu antworten.

Der „Hamb. Korr." meldet offiziös aus Berlin: Jameson und die gefangenen Offiziere werden so lange festgehalten, bis die Entwaffnung in Johannesburg durchgeführt ist. Aus Pretoria liegt die Meldung vor, daß die Entschädigungsforderung eine Million Pfund betrage. Englische Meldungen über sonst von den Buren gestellte Bedingungen seien unzutreffend. Die Aufhebung der Suzeränetät komme nicht in Frage, da Transvaal die Suzeränetät seit 1884 nicht anerkannt habe. Die angebliche Forderung der Aufhebung des britischen Vorkaufsrechts auf die Delagoabai ist falsch, weil dies ein Recht der Abmachung mit Portugal ist.

Weiter liegen folgende Telegramme vor:

Paris, 11. Januar. Der Minister des Auswärtigen, Berthelot, empfing gestern den Gesandten der südafrikanischen Republik Beelaerts van Blokland, welcher von seiner Reise nach dem Haag und Berlin hierher zurückgekehrt ist.

Kapstadt, 11. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die Delegirten des Oranje-Freistaats, welche nach Transvaal gesandt wurden, um über die Eventualität der Hülfeleistung des Oranje-Freistaats an die südafrikanische Republik gemäß dem Vertrage von Potschefstroom zu berathen, berichteten dem Raad in Bloemfontein, daß Schriftstücke entdeckt worden sind, die das Bestehen einer ausgebreiteten Verschwörung gegen die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik beweisen. Die Aufreizung am Rand und der Einfall Jamesons bildeten Theile des Verschwörungsplanes. Der Gouverneur der Kapkolonie sei indeß völlig ohne Kenntniß der Sache gewesen.

Aus Amsterdam wird geschrieben: Der hiesige „niederländische südafrikanische Verein", der im Jahre 1881 behufs Wahrnehmung und Vertheidigung der materiellen und politischen Interessen der südafrikanischen Republik gegründet worden ist, erließ an das englische Volk einen Aufruf, in dem dieses unter Berufung auf das eigene stark entwickelte Nationalitätsgefühl beschworen wird, den kleineren und schwächeren Völkern die gleichen Rechte zuzugestehen und dieselbe Achtung zu erweisen, die England von seinen Gegnern stets beansprucht hat. Mit tiefem Bedauern habe man hier gesehen, wie große einflußreiche Blätter die unverantwortliche Handlungsweise des Agenten der Chartered Company entschuldigen, ja selbst vertheidigen und nur ihr Mißlingen bedauern. Es ist kaum anzunehmen, daß dieser Aufruf in England irgend welchen Eindruck machen oder nur beachtet werden wird. Man wird sich erinnern, daß dem Präsidenten Paul Krüger seiner Zeit sehr starke und auf den ersten Anblick auch verdiente Vorwürfe gemacht worden sind, weil er die Vaaltriften zuerst schloß und sie dann, auf eine anmaßende Drohnote Chamberlains hin, alsbald wieder öffnete; er hüllte sich den verschiedenen Angriffen transvaalischer Blätter gegenüber, die eine Aufklärung dieser unbegreiflichen Nachgiebigkeit verlangten, in tiefes Schweigen, wie er sich auch um den Hohn der antitransvaalischen südafrikanischen Presse nicht weiter bekümmerte. Jetzt weiß man, was der tiefere Grund dieser plötzlichen Nachgiebigkeit gewesen ist. Paul Krüger war über den seit Monaten von Cecil Rhodes vorbereiteten Einfall der Beamten der Chartered Company ganz genau unterrichtet, er wußte, daß Johannesburg ein förmliches Arsenal war, dessen Inhalt im gegebenen Augenblick die Uitlanders in den Stand setzen sollte, die Operationen Jamesons zu unterstützen — er wußte aber auch, daß die Burenkommandos unmöglich in ein paar Tagen mobilisirt werden konnten und für den Fall, daß das Zeichen zum Losschlagen vom Kap aus alsbald gegeben würde, nicht in genügender Anzahl und in der nöthigen Ausrüstung zur Stelle sein konnten. Eine solche Möglichkeit, nämlich ein sofortiger Einfall, war aber angesichts der drohenden und herausfordernden Sprache der antitransvaalischen Presse vom Kap keineswegs ausgeschlossen, und Krüger faßte deshalb den verständigsten Entschluß, der in diesem Augenblick genommen werden konnte — er gab nach. Zu gleicher Zeit aber meldeten die transvaalischen Blätter, der General Joubert habe „Pretoria verlassen und sich auf sein Bauerngut begeben". Dies war ganz richtig, da Joubert in der Nähe von Mafeking, also dicht an der Grenze begütert ist. Hier wurde dann in aller Stille der Feldzugsplan vorbereitet und für die Zusammenziehung und Aufstellung einer genügenden Burenmacht gesorgt. Sonst wäre es einfach unerklärlich gewesen, daß die Buren an der richtigen Stelle im entscheidenden Augenblick mit solcher Macht auftreten und den Banden Jamesons den verdienten Empfang bereiten konnten.

London, 11. Januar. Wie die „Westminster Gaz." erfährt, hat sich eine bedeutsame Schwenkung in Englands auswärtiger Politik vollzogen. Herzlichere Beziehungen sind mit Frankreich hergestellt worden, denen eine rasche und befriedigende Lösung einiger der schwebenden Streitfragen folgen werde. Damit sei auch eine Annäherung an Rußland bewirkt worden. Veranlaßt sei die Schwenkung durch den Widerspruch Deutschlands gegen die Ertheilung des europäischen Mandats an Rußland zur Beruhigung Armeniens, womit Lord Salisbury bereits einverstanden gewesen sei. Ferner sei es Thatsache, daß Deutschland von Portugal den Durchmarsch deutscher Truppen nach Transvaal beansprucht habe. In dem heutigen Ministerrath habe Lord Salisbury das Kabinet von dieser neuen Epoche in Englands auswärtiger Politik in Kenntniß gesetzt.

Deutschland.

Berlin, 13. Januar. Der Seniorenkonvent des Reichstages trat Sonntag nach Schluß der Plenarsitzung zusammen, um sich über den Geschäftsplan für die nächste Zeit schlüssig zu machen. Danach soll Dienstag die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung erledigt werden. Mittwoch, Donnerstag und Freitag sollen als Schwerinstage gelten, zur Berathung des Zentrumsantrages wegen der Abänderung der Gewerbeordnung und des Antrages Kanitz. Am Sonnabend fällt die Sitzung wegen der Feier der Wiederaufrichtung des Reiches aus. In etwa acht Tagen soll der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs dem Reichstage zugehen und acht Tage später zur ersten Berathung im Plenum gestellt werden. Die zweite Lesung des Etats gedenkt man etwa am 20. Januar beginnen zu können.

Die „Nat.-Lib. Korr." schreibt: „Die Geschäftslage im Reichstage ist schon heute, drei Tage nach dem Wiederbeginn der Sitzungen nach Neujahr, eine mindestens ebenso beklagenswerthe wie jemals zuvor. Angesichts einer übergroßen Arbeitslast, die noch durch das bürgerliche Gesetzbuch vergrößert wird, eine Präsenz von 60, im günstigsten Falle 100 Reichsboten! Vom Zentrum, das im Präsidium durch zwei Mitglieder vertreten ist, bemerkt man in der Regel nur zehn bis zwölf auf ihren Plätzen, günstigen Falles sind Alles in Allem zwanzig, also der fünfte Theil der Fraktion, im Saale zu finden. Von den 29 Zentrumsmitgliedern aus dem Königreich Baiern war am Freitag ein einziges im Hause anwesend. Wie das Präsidium von Buol-Spahn unter diesen, von der Zentrumsfraktion selbst bewirkten Umständen sich eine Erledigung der Geschäfte denkt, davon kann man sich schwer eine Vorstellung machen. Konstatirt sei, daß es am Freitag nur deshalb nicht möglich war, die erste Lesung der Börsenvorlage abzuschließen, weil noch ein antisemitischer Wilder unbezähmbaren Rededrang in sich verspürte. Obwohl keine Partei des Hauses die Befriedigung dieses Bedürfnisses für irgend ersprießlich erachtete, geschweige eine Verantwortung dafür übernehmen mag, läßt sich nach wie vor den Weihnachtsferien keinerlei Mißbrauch, den ein Abgeordneter, der nur für sich selbst das Haus in Anspruch nimmt, mit der knappen Zeit des Reichstags treibt, hintanhalten. Es wäre ja denkbar, daß man im Präsidium den Trost wenigstens empfände, daß es nicht noch schlimmer werden könne. Unseres Erachtens geht aber die Verpflichtung der für die Geschäfte verantwortlichen Leitung des Hauses etwas darüber hinaus, sie erheischt, daß auf Abhülfe gesonnen werde."

— Die Rückberufung des Flaggschiffes der Kreuzerdivision in Ostasien, Panzerschiffes „Kaiser", aus den chinesischen Gewässern, welche behufs Einstellung dieses Schiffes in die Manöverflotte gegen Ende v. J. erfolgen sollte, ist, wie der „Ostasiatische Lloyd" erfährt, vorläufig noch hinausgeschoben worden. Das genannte Blatt bemerkt hierzu:

„Der Grund hierfür ist in den Verhandlungen zu suchen, welche zwischen dem Auswärtigen Amte und der Marineleitung in der letzten Zeit über die Belassung dieses Panzers in den ostasiatischen Gewässern stattgefunden haben. Das Auswärtige Amt würde sehr ungern eine derartige Schwächung der deutschen maritimen Streitkräfte in Ostasien sehen, zumal der Einfluß der Unterhaltung eines Geschwaders daselbst sich für die Entwickelung und Förderung der deutschen Interessen in mehr als einer Hinsicht geltend gemacht hat. Es würde zur Zeit schwer halten, einen gleichwerthigen Ersatz für das gut und modern armirte Panzerschiff „Kaiser" nach Ostasien zu entsenden. Andererseits ist dieses Schiff aber auch wieder für den Dienst in den einheimischen Gewässern, nachdem mit dem Umbau der Schiffe der Sachsenklasse begonnen ist, schwer entbehrlich. Man glaubt daher, meint das obengenannte Blatt, in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß die Marineverwaltung zur Komplettirung des Kreuzergeschwaders den neuen Dreischraubenkreuzer „Kaiserin Augusta" in Aussicht genommen hat und diesen nach Ostasien entsenden wird, sobald dessen Probefahrten ihren Abschluß gefunden haben werden.

— Die „Berliner Korrespondenz" veröffentlicht das Programm der vom Kaiser im Schlosse veranstalteten Feier der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr des Tages, an dem das deutsche Reich neu errichtet wurde. Zu diesem Feste — so wird offiziös erklärt — wollte der Kaiser vor Allem die noch lebenden Staatsmänner um sich versammeln, die an dem großen Werke mitgewirkt haben; es war sein besonderer Wunsch, daß der Fürst Bismarck als der hervorragendste unter ihnen bei der Feier nicht fehlen möge. Leider gestattet dem Fürsten Bismarck sein Gesundheitszustand nicht, der Einladung seines kaiserlichen Herrn Folge zu leisten; er hat deshalb gebeten, ihn zu entschuldigen. Wie aber Fürst Bismarck gewiß im Geiste an der Feier Antheil nehmen wird, so wird auch seiner, des ersten Kanzlers des Reiches, und seiner Verdienste um das Reich dankbar gedacht werden.

Aus dem Programm geben wir in Nachstehendem das Wesentlichste wieder:

Die Feier am 18. Januar wird Vormittags 10 Uhr durch Gottesdienst in der Kapelle des königlichen Schlosses und in der Hedwigskirche eingeleitet. Dem Gottesdienst in der Schloßkapelle wohnen das Kaiserpaar und die Mitglieder des kaiserlichen und königlichen Hauses bei. Um 10¾ Uhr ist die Versammlung im Weißen Saale. Die Reichstagsmitglieder stellen sich dem Thron gegenüber auf, die Generalität an der Kapellenseite, die Minister und die sonst eingeladenen Personen gegenüber an der Fensterseite, der Bundesrath links vom Thron der Kaiserin Auguste Viktoria, die Kaiserin Friedrich, die Prinzessinnen des königlichen Hauses und die fürstlichen Damen nehmen die Tribüne auf der Kapellenseite ein. Sobald die Versammlung im Weißen Saale geordnet ist, macht der Reichskanzler dem Kaiser davon Meldung. Der Monarch begiebt sich alsdann unter großem Vortritt nach dem Weißen Saale, wobei die Ordnung folgende ist: die Schloß-Garde-Kompagnie, die Fahnen und Standarten, welche zur Feierlichkeit befohlen sind, die Hoffouriere, die königlichen Hofpagen, die Hof-, die Vize-Ober-Hof-, die Ober-Hof- und die Obersten Hofchargen die nachstehend aufgeführten Reichs-Insignien paarweise, nämlich: a) das Reichsinsiegel, auf einem Kissen von drap d'argent, getragen von dem General-Lieutenant, General-Adjutanten Grafen von Wedel, b) das entblößte Reichsschwert, aufrecht getragen von dem Kriegsminister, General der Infanterie Bronsart von Schellendorff, und rechts davon c) der Reichsapfel, auf einem Kissen von drap d'argent, getragen von dem General der Kavallerie und General-Adjutanten Landhofmeister Grafen von Lehndorff, d) das Zepter, auf einem Kissen von drap d'or, getragen von dem General-Oberst der Kavallerie, General-Adjutanten Freiherrn von Loë, und rechts davon: e) die Krone, auf einem Kissen von drap d'or, getragen von dem General der Artillerie und General-Adjutanten Fürsten Anton Radziwill, f) das Reichspanier, getragen von dem General-Feldmarschall Grafen von Blumenthal, welchen die General-Lieutenants von Klitzing und Graf von Wartensleben geleiten. — Die Insignien werden zur Rechten und zur Linken von zwei Offizieren der Gardes du Corps eskortirt.

Der Kaiser, gefolgt von den Prinzen des königlichen Hauses und den hier anwesenden Prinzen aus souveränen altfürstlichen Häusern, die General-Adjutanten, die Generale und Admirale à la suite und die Flügel-Adjutanten, der Minister des königlichen Hauses, der Geheime Kabinetsrath des Kaisers und das Gefolge.

Der Kaiser nimmt auf dem Thron Platz. Die Prinzen des königlichen Hauses und die hier anwesenden Prinzen aus souveränen altfürstlichen Häusern treten zur Rechten des Thrones, vor die dort aufgestellten Fahnen und Standarten. Die Fahne des ersten Garde-Regiments zu Fuß und die Standarte des Regiments der Gardes du Corps stehen unmittelbar hinter den Monarchen unter dem Thronhimmel. Die andere Hälfte der Fahnen und Standarten nimmt links vom Throne hinter dem Bundesrath Aufstellung.

Der Kaiser verliest dann die Thronrede und verläßt nach Beendigung derselben den Weißen Saal, wobei sich Vortritt und Gefolge, wie vorgeschrieben, ordnen.

Die Hoftrauer wird, wie bereits bekannt gegeben, für den 18. Januar abgelegt. Der Anzug bei der Feierlichkeit ist für die Herren vom Militär Paradeanzug und Ordensband, für die Herren vom Zivil Gala mit dunklen Unterkleidern und Ordensband; die investirten Ritter des Ordens vom Schwarzen Adler erscheinen mit der Kette desselben und im Zuge mit Ordensmantel.

— Die sozialdemokratischen Stadtvertreter haben folgenden Antrag eingebracht: Die Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, 1. der Stadtverordneten-Versammlung darüber Mittheilung zu machen, inwieweit für die Fälle von Krankheiten oder Unfällen von Arbeitern Fürsorge getroffen ist, die für die verschiedenen Verwaltungszweige der Gemeinde Berlin beschäftigt sind. 2. Einrichtungen zu treffen, durch welche allen Arbeitern, welche für die Gemeinde Berlin direkt oder indirekt Arbeiten auszuführen haben, für die Fälle von Erkrankung oder Verunglückung mindestens dasselbe Maß von Fürsorge gewährleistet wird, welches für die dem Reichs-Kranken- und Unfall-Versicherungs-Gesetz unterstehenden Arbeiter zu erfüllen ist.

— Für die Festtheilnehmer im kaiserlichen Schlosse am 18. Januar wird eine Denkmünze ausgeprägt werden, die auf der Vorderseite das Bildniß des alten Kaisers, auf der Rückseite die Kaiserkrone von einem Lorbeerkranz umgeben zeigt. In gleicher Weise war bekanntlich auch für die Theilnehmer an dem Kaisermahl an der Holtenauer Schleuse ein bleibendes Erinnerungszeichen geschaffen worden. Eine großartige Illumination ist seitens der Geschäftswelt für den 18. Januar geplant, wenigstens ist das aus den an die hiesigen Elektrizitätsgesellschaften ergangenen Aufträgen zu schließen. Eine große Anzahl von Fabrikbesitzern haben ihren Arbeitern bereits mitgetheilt, daß ihre Fabriken am 18. Januar geschlossen bleiben, der Arbeitslohn jedoch unverkürzt zur Auszahlung gelangen solle.

— Dem „Neuen Stuttgarter Tageblatt" zufolge nimmt der König am 19. d. M. persönlich an dem Festbankett anläßlich des Jubiläums der Kaiserproklamation in der Liederhalle theil.

— Dem Vorgehen des Oberkirchenraths gegen die soziale Thätigkeit der Geistlichen schließt sich jetzt auch der Vorstand des Verbandes deutscher evangelischer Pfarrvereine mit einer „Mahnung" an seine Vereinsmitglieder an. Bedenklich erscheint dem Vorstande besonders dreierlei:

„1. Die „christlich-sozialen" Grundsätze und Bestrebungen, an deren Verwirklichung wir uns mit Freudigkeit betheiligen konnten, weil sie die religiös-sittliche Erneuerung des Volkslebens bezwecken, treten bei der Richtung, die wir im Auge haben, mehr und mehr zurück hinter einem oft leidenschaftlichen Drängen nach sozialpolitischen Reformen auf wirthschaftlichen Gebieten, das hier und da sogar sozialistischen Charakter annimmt. 2. Die einseitige Parteinahme für das Ringen des „vierten Standes" nach „menschenwürdigem Dasein", nicht selten verbunden mit mehr oder minder begründeten, auch wohl unbegründeten Anschuldigungen anderer Stände, dazu die Anforderungen, welche ohne sachkundige Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit an den Grund- und anderen Besitz zu Gunsten der Besitzlosen gestellt werden, tragen dazu bei, daß Begehrlichkeit und Unzufriedenheit auf der einen Seite, auf der anderen Erbitterung und Widerwillen auch gegen nothwendige Besserung der sozialen Zustände sich mehren, und wirken mit zur Verfeindung der Gesellschaftsklassen untereinander, leisten überdies dem Materialismus Vorschub und werden unter Umständen Vorfrucht der Sozialdemokratie. 3. Der gesunde Nährboden geistesmächtiger Amtsthätigkeit und geistlichen Lebens in den Gemeinden: nämlich lautere und reine Verkündigung des göttlichen Wortes und unverfälschte Verwaltung der heiligen Sakramente in seelsorgerischer Gebetsarbeit der Geistlichen, wird verlassen, wenigstens vernachlässigt, da man den Dienern der Kirche zumuthet, maßgebendes Einwirken auf die Gesellschaftsordnung als ihre Hauptaufgabe in dieser gegenwärtigen Zeit zu erkennen und demgemäß ihre Kraft vornehmlich auf Erfüllung dieser Aufgabe zu verwenden."

Es sei dringend geboten, daß die Vereinsmitglieder sich untereinander stärken, warnen und ermahnen, damit sie sich von dieser Agitation frei und fern halten. Das „Volk", das, wie sich erwarten ließ, mit dieser Mahnung sehr unzufrieden ist, bemerkt dazu:

„Wie wir hören, hat die Erklärung in den Kreisen der Pfarrvereine große Entrüstung hervorgerufen. Wir begreifen und theilen diese Entrüstung. Ein wenig Schuld trifft aber doch die verehrten Pfarrvereinsmitglieder selbst. Warum haben sie fast grundsätzlich alte, übervorsichtige Herren, Superintendenten oder Superintendenten a. D. an ihre Spitze gestellt? Schon oft haben wir aus den Reihen der Pfarrvereinsmitglieder die lebhaftesten Klagen darüber gehört, daß sich ihre Vorstände gerade bei entscheidenden Fragen einer übel angebrachten Zurückhaltung befleißigen. Warum beklagt man sich? „Wie man sich gebettet, so schläft man." Hätte man andere Persönlichkeiten an die Spitze der Pfarrvereine gestellt, so hätte es nicht zu der Kundgebung gegen die Christlich-Sozialen kommen können."

— Einen Artikel über das Vorgehen gegen die christlich-sozialen Geistlichen schließt das „Volk" folgendermaßen:

„Böse Nachrichten gehen uns aus Schlesien zu. Dort scheint die Kirchenbehörde die weitgehenden Konsequenzen aus dem Erlaß des Oberkirchenraths gezogen zu haben; bei der bekannten eigenartigen Stellung des Konsistorial-Präsidenten zur sozialen Frage freilich kein Wunder. Wir sparen uns eine eingehende Kritik bis zu dem Augenblick auf, wo wir in der Lage sind, über die Aufsehen erregenden Schritte des Konsistoriums eingehende Mittheilungen zu bringen; so viel können wir jedoch schon jetzt sagen, daß der Kampf der Befreiung der Kirche von den Fesseln des Staates durch diese Maßregeln hell angefacht werden wird."

— In den ultramontanen Blättern ist beim Tode des altkatholischen Bischofs Reinkens die Forderung erhoben worden, daß die preußische Staatsregierung einen weiteren altkatholischen Bischof nicht anerkennen und den Staatszuschuß nicht mehr gewähren solle. Hierzu wird der „Voss. Ztg." geschrieben:

So lange das Altkatholiken-Gesetz vom 4. Juli 1875 in Geltung steht, wird ein Antrag auf Streichung des Staatszuschusses die Zustimmung der Staatsregierung nicht finden. Als ein solcher Antrag in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. März 1882 gestellt wurde, erklärte der damalige Kultusminister von Goßler sich ganz entschieden dagegen, da die altkatholische Gemeinschaft durch das Gesetz eine öffentlich-rechtliche Anerkennung gefunden und ein von ihr in formell gültiger Weise eingesetzter Bischof die Bestätigung des Landesherrn erhalten habe. Das Gesetz vom 4. Juli 1875 erkennt ausdrücklich die Altkatholiken als Mitglieder der katholischen Kirchengemeinschaft an, und ebenso heißt es in dem königlichen Patent vom 19. September 1873, daß es „den ordentlichen Professor in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität zu Breslau, Dr. Joseph Hubert Reinkens auf Grund der am 4. Juni d. J. in Köln stattgefundenen Bischofswahl und der ihm am 11. August d. J. in Rotterdam durch den Bischof von Deventer ertheilten Konsekration als katholischen Bischof hiermit und in Kraft dieses anerkennt". Als zum erstenmal der Staatszuschuß für den altkatholischen Bischof im Staatshaushaltsetat erschien, begründete dies der damalige

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Reformen im Feuerlöschwesen. Gelegentlich der Verhandlungen des Preußischen Landesfeuerwehr-Ausschusses im vergangenen Sommer wurde eine wichtige Frage erörtert, nämlich die Einführung geschulter Feuerwehren in allen Gemeinden der Monarchie. Daß dieser reformatorischen Idee auch seitens der Regierung besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde, ergab sich aus der Anwesenheit eines besonderen Kommissars, den der Minister des Innern zu diesen Verhandlungen delegirt hatte. Freilich, von der Erörterung derartiger Ideen bis zu ihrer Verwirklichung ist ein gewaltiger Schritt, den zurückzulegen man viel Zeit gebraucht. Das ist begreiflich. Weniger begreiflich aber ist, daß dasselbe Ministerium, welches sein Interesse an diesen Dingen in so unzweideutiger Weise zu erkennen gegeben hat, praktische Anordnungen trifft, die mit der ganzen Richtung dieser Reform im schroffen Widerspruch stehen. Um dieselbe Zeit, als diese Verhandlungen stattfanden, wünschte die Stadt Köpenick ihrer freiwilligen Feuerwehr eine Besoldung zu gewähren, um die Mühen dieser Leute wenigstens in etwas zu entschädigen und sodann auch ihr Interesse für die Sache zu fördern und ihren Eifer zu beleben. Diese Geldausgabe stieß auf Schwierigkeiten und wurde schließlich in der Ministerial-Instanz abgelehnt, mit der Begründung, daß eine anderweite Regelung des Feuerlöschwesens in Vorbereitung sich befinde und diese Art einer Besoldung freiwilliger Feuerwehrleute sich nicht empfehle. Daran ist also nicht zu zweifeln, eine Reform des Feuerlöschwesens ist in Angriff genommen, es fragt sich nur noch, in welchem Umfange und in welcher Richtung. Sobald von Feuerlösch-Einrichtungen die Rede ist, wirft Jeder, der mit diesen Dingen auch nur einigermaßen bekannt ist, die Frage auf, ob es sich dabei auch um die Einrichtungen der großen Städte handelt. Diese haben seit langen Jahren und Jahrzehnten ihre Berufsfeuerwehren, die der Stolz und die Freude des lokalpatriotischen Großstadt-Bürgers sind. Man denke doch nur an die Feuerwehren von Berlin und Hamburg! Nun ist ganz unbestreitbar, daß mit den Feuerlösch-Einrichtungen der Großstädte diejenigen der kleineren Ortschaften einen Vergleich nicht aushalten; aber wenn nun einmal von Grund auf reformirt werden soll, dann fragte es sich doch, ob denn bei dem großstädtischen Feuerlöschdienst Alles in so vorzüglichem Stande ist, wie man es oftmals darstellt? Selbst wenn von einer allgemeinen Reform Abstand genommen und nur das Feuerlöschwesen der kleinen Gemeinden reformirt würde, so ergäbe sich für größere Ortschaften mit wohlbewährter Berufsfeuerwehr sofort die Frage: „Wie wird es mit dem Feuerlöschwesen in unseren Vororten und Nachbar-Gemeinden?" Wo diese mit der größeren Stadt dicht aneinandergrenzen, wo die Gemarkungsgrenze „verbaut" ist, wie es jetzt oft genug vorkommt, kann diese Frage praktisch von großer Bedeutung werden. Was den Zustand der Berufsfeuerwehren in den Großstädten anbetrifft, so möchten wir eine Kritik derselben vermeiden. Es sind dabei keine Lorbeeren zu holen, und anerkannt muß auch werden, daß die Institute Hervorragendes geleistet haben und daß es in ihrer Mitte nicht an kritischen Köpfen gefehlt hat, die sich nicht scheuten, ein ernstes Wort zu reden, wenn dies im Interesse des Instituts nöthig war. Man braucht nur den Verhandlungen zu folgen, die auf den Feuerwehrtagen stattgefunden haben, um sich von der scharfen Kritik zu überzeugen, die an den Einrichtungen dieser hochwichtigen Institute in rücksichtsloser Weise von Fachmännern geübt werden.

Aber nach einer anderen Seite hin bedarf der großstädtische Feuerwehrdienst besonderer Beachtung. Die Feuerlöscheinrichtungen sind stetig mit der Zunahme der Häuser und Bewohner gewachsen, die Rettungs- und Löschinstrumente sind verbessert und dem modernen Häuserbau angepaßt; wie steht es aber mit der Feuersicherheit in den Großstädten in Folge der Neuerungen auf den verschiedensten Gebieten des Großstadtlebens? Da haben sich gewaltige Aenderungen und Neuerungen zunächst auf dem Gebiete des Beleuchtungswesens vollzogen. In wenigen Jahrzehnten ist die alte solide und wenig feuergefährliche Oellampe durch die Petroleumbeleuchtung ersetzt worden. Wie wenig solche bedeutungsvollen Aenderungen in ihrer Tragweite vom großen Publikum erkannt und gewürdigt werden, ergiebt sich aus der den Feuerwehrleuten von Fach wohlbekannten Thatsache, wonach 47 vom Hundert aller Brandfälle durch Unglück mit Petroleum entstehen.

Nicht minder feuergefährlich ist die neue elektrische Beleuchtung. Nach der Ansicht bewährter Techniker ist diese, wenn sie mangelhaft angelegt ist, viel feuergefährlicher als die Petroleumbeleuchtung. — Außerdem kommen für Großstädte aber besonders zwei Faktoren in Betracht, die für die Feuergefahr von Erheblichkeit sind, erstens die Aufbewahrung größerer Mengen leicht brennbarer Stoffe und sodann die Theatergebäude. Wir wissen aus dem Unglücksjahr 1881, in welchem außer dem furchtbaren Theaterbrande in Wien, bei dem gegen 500 Menschen zu Tode kamen oder sonst verunglückten, nicht weniger als 300 weitere Theaterbrände stattfanden und der Welt im wahrsten Sinne des Wortes mit ihren Flammen ein Licht über die entsetzliche Feuersgefahr dieser Gebäude anzündeten, welch' eine gefährliche Nachbarschaft wir in ihrer Nähe besitzen. Gewiß, seitdem ist viel geschehen, um diese Gefahren zu mindern, aber trotz alledem bleibt ein Theater ein gefährlicher Nachbar, gefährlicher als Mancher vielleicht ahnt; das beweisen die alljährlichen Berichte von Theaterbränden. Die Ansammlung brennbarer Stoffe ist ebenfalls polizeilich geordnet; aber daß diese Anordnungen ausreichend sind oder gar volle Sicherheit gewährten, das darf Niemand glauben; denn — die Behörden glauben es selbst nicht. So herrscht über die zweckmäßigste Konstruktion von Petroleum-Tanks, wie sie sich in größerer Gestalt in der Nähe jeder Großstadt befinden, bei den Technikern die weitgehendste Meinungsverschiedenheit. Alljährlich in den Wintermonaten gerathen die unzweckmäßig aufgestapelten Briquetts in zahlreichen Fällen in Brand und erzeugen größere oder geringere Brandschäden. Die Polizei kann nicht in allen solchen Fällen reglementiren und für alle derartigen Möglichkeiten im Voraus Vorkehrungen treffen; aber wenn generelle Reformen angebahnt werden, dann ist es auch nöthig, den prüfenden Blick mit gleicher Schärfe nach allen Richtungen hin zu richten und nicht eine Einrichtung zu schaffen, wodurch leicht ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Groß- und Klein-Gemeinden in Bezug auf den Feuerlöschdienst geschaffen wird. Es erübrigt vielleicht noch, mit einigen Worten auf das besondere Interesse hinzuweisen, das der Hausbesitzer diesen Einrichtungen gegenüber hat. Von allen Häßlichkeiten, die ihn treffen können, ist das Brandunglück eines der härtesten. Es zerstört die sichersten Vorausberechnungen, es führt Werths-, Mieths- und andere Verluste herbei, für die der Hausbesitzer in irgend einer Form aufzukommen hat. Keine Versicherung, und wäre sie die koulanteste, ersetzt den Schaden ganz, der dem Hausbesitzer durch ein Schadenfeuer zugefügt wird. Diese Thatsache wird auch jeder Miether anerkennen, der einmal von einem Schadenfeuer mit heimgesucht war; bei jedem derartigen Unglücksfall bleiben unersetzte und unersetzbare Schäden zurück. Das ist Grund genug, die Frage nach der Vermehrung der Feuersicherheit zunächst in Hausbesitzerkreisen in ernste Erwägung zu ziehen. Daß geeignete Maßnahmen dabei je nach den örtlichen Verhältnissen unterschieden werden müssen, ist einleuchtend; damit aber wird die zwingende Nothwendigkeit, derartige Maßnahmen zu prüfen, nicht beseitigt, sondern nachhaltiger begründet.

(Grundeigenthum.)

Als ordentliche Mitglieder sind dem Lokalverband der Haus- und städtischen Grundbesitzer-Vereine Deutschlands beigetreten: der Haus- und Grundbesitzer-Verein Köslin (140 Mitglieder), der Hausbesitzer-Verein zu Meißen (378 Mitglieder), der Allgemeine Hausbesitzer-Verein zu Chemnitz (1125 Mitglieder), der Hausbesitzer-Verein zu Burg bei Magdeburg (370 Mitglieder), der Grundbesitzer-Verein zu Bad Harzburg.

Kultusminister Dr. Falk mit den Worten: „Sie haben es ja wiederholt gehört, daß die Staatsregierung die sogenannten Altkatholiken als Mitglieder der katholischen Kirche anerkennt, ebenso gut wie diejenigen, welche die vatikanischen Entscheidungen angenommen oder sich denselben unterworfen haben. . . . Die Staatsregierung konnte dem in Rede stehenden Theil der katholischen Angehörigen des Staates zur Religionsübung nicht anders verhelfen, als durch Anerkennung des Bischofs, es war also in der That für die Regierung, wenn sie ihre Aufgabe lösen wollte, diese Anerkennung nothwendig." Wenn die Hoffnungen, die man an den aus allen Staaten Europas beschickt gewesenen Münchener Altkatholikenkongreß vom Jahre 1872 knüpfte, sich nicht erfüllt haben, so dürfte dies gegenwärtig für die preußische Staatsregierung nicht maßgebend sein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Januar. Der böhmische Landtag zeigt wieder das alte Bild nationalen Zwistes. Es gab vielleicht Optimisten, welche nach der Neuwahl dieser Landesvertretung sich in der Hoffnung wiegten, nach dreißig Kampfjahren, in denen die czechische Bewegung zum Siege im Landtage gelangt war, werde der Wunsch nach Herstellung eines dauernden Friedensstandes Gelegenheit finden, sich in einer Ausgleichung der nationalen Differenzen zu bethätigen. Die Vorgänge in den ersten Sitzungstagen haben aber bewiesen, daß die Neuwahlen an den alten Gegensätzen nichts geändert haben. Die Sprachenfrage steht nach wie vor auf der Tagesordnung des Landtages, die Jungczechen halten den Moment für gekommen, rücksichtslos ihre Herrschaft im Lande, auch in den deutschen Bezirken, geltend zu machen. An die Stelle der Gleichberechtigung beider Landessprachen soll der Sprachenzwang gesetzt werden. Aber auch formell soll in der Landesvertretung das deutsche Element als das minder bedeutsame erscheinen. Darum fanden die Czechen plötzlich heraus, daß die bisherige gleichmäßige Vertretung in den Kommissionen des Landtages der Gerechtigkeit nicht entspreche und daß dem czechischen Element ein ziffermäßiges Uebergewicht eingeräumt werden müsse. Die Kommissionen des böhmischen Landtages wurden bisher aus den drei Kurien gewählt, so zwar, daß die Großgrundbesitzer aus ihrer Kurie die Vertreter in den Kommissionen wählten, die Städtekurie den deutschen Vertretern überlassen blieb und die Czechen sich die Wahl der Kommissionsmitglieder aus der Landgemeinde-Kurie vorbehielten. Um dieser auf dem guten Willen der Czechen beruhenden Zutheilung ein Ende zu machen, haben zwar die deutschen Landtagsabgeordneten gleich zu Beginn der diesjährigen Session einen Antrag eingebracht, die bisherige Kurieneintheilung zu beseitigen und an ihre Stelle nationale Kurien zu stellen, aber dieser Antrag hat vorläufig wenig Aussicht auf Erledigung, und so hätte die nothwendige Einsetzung der Kommissionen des Landtages noch auf Grund der alten Kurieneintheilung vor sich gehen sollen. Da kamen aber die Jungczechen mit ihrer Forderung auf Einräumung des Uebergewichts in den Kommissionen. Die Deutschen haben sich in der heutigen Sitzung des Landtages diesem Begehren auf das entschiedenste widersetzt. Die Regierung hat durch den Statthalter Grafen Thun sich für den status quo eingesetzt. Der Streit endete jedoch damit, daß die Großgrundbesitzer einen neuen Vorschlag machten, der einerseits die traditionelle Kurienwahl beibehält, aber auch die Wahl aus dem ganzen Landtage einführt und eine Kombination beider Wahlformen bedeutet, die in ihrem Endresultat an der gleichmäßigen Vertretung der Nationalitäten in den Kommissionen des Landtages nichts ändert. Da schließlich Großgrundbesitzer und Deutsche diesen Vorschlag acceptirten, mußten sich die Czechen der Majorität fügen. Dieser Zwischenfall bedeutet aber nur den Anfang weiterer und, wie es scheint, sehr heftiger Kämpfe. Man ist durch diese Aussicht auf eine Verschärfung der nationalen Gegensätze auf deutscher Seite sehr verstimmt. Es ist keine leere Drohung, wenn die deutschen Abgeordneten schon im Laufe dieser Debatte rund heraus erklärten, sie seien entschlossen, sich dem czechischen Terrorismus nicht zu beugen, und sie würden, falls ihr Wunsch nach Schaffung nationaler Kurien bei den Czechen keine Erfüllung fände, alle Konsequenzen ziehen. Damit ist der Austritt der Deutschen aus der Landesvertretung angekündigt. Es wird nun Sache der mäßigenden Faktoren im Landtage und Sache der Regierung sein, diese Eventualität zu verhindern. Vor Allem wird es dabei nothwendig sein, daß die deutschen Vertreter im Landtag einmüthig vorgehen. In der richtigen Erkenntniß der schwierigen Sachlage hat der deutsche Landtagsklub zwar neuerlich dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß von Seite der „Deutschnationalen" durch Bildung der neuen deutschen Volkspartei eine gefährliche Spaltung herbeigeführt würde, er hat aber dem Ersuchen der Mitglieder dieser Partei im Landtag Rechnung getragen, in allen nationalen Fragen durch gemeinsame Berathungen und Beschlüsse einheitlich vorzugehen. Es wäre zu wünschen, daß dieses Entgegenkommen den Streit zwischen den Stammesgenossen beilege. Leider ist aber hierfür wenig Aussicht vorhanden.

Frankreich.

Paris, 10. Januar. Von den beiden Skandalen, die einander seit Beginn dieses Jahres „Konkurrenz machen", steht augenblicklich die Lebaudy-Affaire im Vordergrunde des Interesses, während der immer komplizirter werdende Panamaskandal — bis zur Auslieferung Artons und der bevorstehenden Rückkehr des ehemaligen Polizeibeamten Soinoury — einigermaßen in den Hindergrund gedrängt worden ist. In der Angelegenheit der gegen den verstorbenen Trainsoldaten Max Lebaudy verübten Erpressungen und Schwindeleien hat der gestrige Tag eine große Ueberraschung in Gestalt der unvermutheten Festnahme des Vikomte de Civry gebracht. Ulric Eugène Guelfe Honoré de Colin de Bar, Vikomte de Civry ist der Direktor und gleichzeitig der Chefredakteur des „Echo de l'Armée", eines wöchentlich erscheinenden Spezialblattes, das sich, wie sein Name sagt, den Armeeverhältnissen widmet. Wie es heißt, ist Max Lebaudy durch den bereits mehrfach erwähnten de Cesti mit jenem Journalisten in Verbindung gebracht worden, der seinerseits allerhand Schritte unternommen haben soll, um die Versetzung des jungen Millionärs zu einem anderen Truppentheile, beziehentlich sogar seine Dienstentlassung durchzusetzen. Schon zu Beginn der Untersuchung war de Civry einmal in das Kabinet des Untersuchungsrichters Meyer beschieden worden, um über seine früheren Beziehungen zu dem Verstorbenen Auskunft zu geben. Diese Auskunft scheint so befriedigend ausgefallen zu sein, daß Civry während ungefähr einer Woche nicht weiter belästigt wurde. Er glaubte sich daher in vollkommener Sicherheit, als gestern früh, noch vor Sonnenaufgang, der Untersuchungskommissar Bernard in seine Privatwohnung eindrang und ihn im buchstäblichen Sinne des Worte aus dem Bette holte. Eine im Lauf des gestrigen Tages in den Redaktionsräumen des „Echo de l'Armée" vorgenommene Haussuchung soll bereits sehr nennenswerthe Resultate zu Tage gefördert haben, so daß die vorläufig ausgesprochene Verhaftung des Angeschuldigten nunmehr in eine definitive verwandelt worden ist. Dem Redakteur wird hauptsächlich der Vorwurf gemacht, er habe den jungen Millionär zu Beginn des vorigen Jahres ersucht, das „Echo de l'Armee" mit 125 000 Franken zu kommanditiren, um dann, nachdem dieser Vorschlag abschlägig beschieden worden war, eine heftige Preßkampagne gegen den „Trainglot millionaire" zu eröffnen. Civry behauptet dagegen, er habe sich des jungen Mannes aufs wärmste angenommen und ihm allerlei gute Rathschläge ertheilt, um gesetzlich zulässige Vergünstigungen zu erhalten; später aber habe er sich von ihm abgewandt, als er gesehen habe, daß Max Lebaudy keinen vernünftigen Vorstellungen zugänglich sei, und besonders, nachdem ihm zu Ohren gekommen war, daß Lalou, der Direktor der „France", energische Schritte bei den direkten Vorgesetzten des jungen Soldaten unternommen hatte, um dessen Dienstentlassung zu erreichen.

Von den Freunden des Verhafteten wird die Ansicht vertreten, de Civry könne nur ein Opfer der Denunziationen de Cestis sein, der, um sich selber rein zu waschen, die Schuld auf Andere zu schieben suche. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, man fühlt aus der ganz energischen Führung der eingeleiteten Untersuchung die thatkräftige Hand des Kriegsministers heraus, der augenscheinlich einer Verschleppung und Vertuschung der Angelegenheit mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenarbeitet. Gegen de Civry, welcher ein Sohn der unehelichen Tochter des verstorbenen Herzogs Karl I. von Braunschweig ist, spricht sein ganzes Vorleben. Er wurde, wie man in dem französischen Konversationslexikon von Larousse in dürren Worten lesen kann, im Mai 1880 wegen Escroquerie, unberechtigten Tragens von Dekorationen, Hinteziehung gerichtlich beschlagnahmter Pfandobjekte und ähnlicher Vergehen zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt, nachdem er sich nach England geflüchtet hatte und von diesem Lande an Frankreich ausgeliefert worden war. Dieser Flecken auf seinem Namen scheint den unerschrockenen Hochstapler nicht abgehalten zu haben, nach Art de Cestis ein großes Haus zu machen, alle feinen Pariser Klubs zu frequentiren, mit zahlreichen Offizieren regen Verkehr zu pflegen, ja sogar bei den Stadtverordnetenwahlen des Jahres 1890 in dem Pariser Westendquartier der Ternes als Kandidat aufzutreten. Seltsamer noch, als diese Dreistigkeit selber muß es erscheinen, daß ihn in dem schmähsüchtigen Paris kein Gegenkandidat auf das Unpassende seiner Bewerbung aufmerksam gemacht und ihn seinen Wählern gegenüber als ehemaligen Gefängnißinsassen denunzirt hat. Auch mehrere Duelle hat der Vikomte in den letzten Jahren bestanden; seine Gegner scheinen also an seinen traurigen Antecedentien keinen Anstoß genommen zu haben. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß die Verhaftung dieses Mannes in militärischen und Sportkreisen, in denen de Civry, wie gesagt, zahlreiche Freunde zählte, großes Aufsehen hervorgerufen hat. Wie verlautet, soll diese Ueberraschung weder die letzte, noch die bedeutendste sein, welche der Lebaudy-Skandal bereitet: eine andere sensationelle Verhaftung wird vielmehr von den heutigen Blättern als nahe bevorstehend bezeichnet.

Ueber die bevorstehende Reise des Konseilpräsidenten Bourgeois nach Lyon erzählt der „Gaulois", welcher über die Vorgänge in den Regierungskreisen ziemlich zuverlässig, wenn auch manchmal etwas tendenziös unterrichtet wird, heute Folgendes: Opportunisten und Radikale der zweiten Stadt Frankreichs wetteifern miteinander, um den Premier zu sich heranzuziehen, und dadurch dürfte die Spaltung zwischen ihnen noch unheilbarer werden. Um jeden Konflikt zu vermeiden, wollte der Maire Gailleton ein „offenes", echt demokratisches Bankett in einem Bierlokale veranstalten, allein der Präfekt lehnte sich dagegen auf und setzte es durch, daß das Bankett im Börsensaale stattfinden müsse. Eine weitere Frage ist die, ob Herr Bourgeois der Schlafgast der Munizipalität oder der Präfektur sein werde. Sie ist noch nicht gelöst, aber die Präfektur scheint größere Aussicht auf Erfolg zu haben, weil es einmal Sitte ist, daß sie die Regierungsmitglieder beherbergt. Die Sozialisten lachen über die Sorgen der Opportunisten und Radikalen, die sich so in den Haaren liegen, und erklären, ihnen sei es gleichgültig, ob Bourgeois komme, ob er eine Programmrede halte und ob er mehr zu den Opportunisten oder den Radikalen hinneige.

Paris, 11. Januar. Der Bankier Jacques Meyer, der auch seiner Zeit in die Panama-Angelegenheiten verwickelt war, hat sich das Leben genommen, anscheinend wegen Betheiligung an der Angelegenheit des verstorbenen Max Lebaudy.

Asien.

Allem Anschein nach werden die ostasiatischen Fragen in nächster Zeit wieder mehr in den Vordergrund treten und die Interessen Rußlands und Englands sich in Korea kreuzen. Die „Nowoje Wremja" bringt gestern aus Wladiwostok folgende Meldung aus Söul: Die Unzufriedenheit im Lande wächst. Die Entthronung des Königs wird vorbereitet, um den Lieblings-Enkel des Taiwankun auf den Thron zu erheben. Die Verminderung japanischer Truppen in Korea ist bald durchgeführt. Es ist die Frage aufgeworfen worden, Korea unter den Schutz der vereinigten Mächte zu stellen. England sucht Annäherung an Japan, woselbst eifrige Anhänger eines englisch-japanischen Bündnisses auftauchen. — Demselben Blatte wird über Shanghai aus Söul gemeldet: Die Japaner zwangen den König von Korea, den Palast zu verlassen. Zwei Koreaner wurden wegen Theilnahme an der Ermordung der Königin hingerichtet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Januar.

Durch Erlaß des Justizministers Schönstedt soll auch bei den Gerichtsbehörden der 18. Januar als Erinnerungstag gefeiert werden. Sämtliche an diesem Festtage anstehenden Termine sollen aufgehoben werden.

— Da das Weihnachtsmärchen „Aschenbrödel" fortgesetzte Zugkraft ausübt und bereits wiederholt der Wunsch ausgesprochen ist, das lustige Stück nochmals in einer Abend-Vorstellung vorzuführen, hat sich die Direktion entschlossen, morgen, Dienstag, eine solche zu veranstalten.

— Die Eröffnung der Fortbildungsschule der Pommerschen Gastwirthe-Vereinigung findet am 21. d. Mts. statt, die Anmeldungen von Lehrlingen zum Besuch derselben sind sehr zahlreich eingegangen.

— Wir theilten in letzter Nummer einen Doppelselbstmord aus Berlin mit, bei welchem auch eine in Stettin angestellte Kassirerin Camilla Ramm betheiligt war. Letztere war hier nicht als Kassirerin, sondern als Biermamsell angestellt und auch ihr Geliebter, welcher mit ihr den Tod gesucht und gefunden, der Koch Arthur Weber, war in Stettin beschäftigt und zwar im Konzerthause. Derselbe unterhielt schon lange mit der R. ein Liebesverhältniß.

— Der a. o. Professor der Theologie Lic. th. Lütgert an der Universität Greifswald hat einen Ruf nach Basel als Ordinarius an Stelle des nach Leipzig berufenen Professors Kirn erhalten.

— Ueber die Sitzungspolizeibefugnisse des Vorsitzenden gegenüber dem Staatsanwalt äußert sich in Nr. 1 der Halbmonatsschrift „Deutsche Juristen-Zeitung" (Otto Liebmann, Berlin) der Senatspräsident des Kammergerichts A. Groschuff dahin, daß der Staatsanwalt allerdings der Sitzungspolizei unterliege, jedoch die Anwendung derselben gegen ihn äußerst schwierig sei. Als Mittel zur Wahrung der sitzungspolizeilichen Gewalt gegenüber dem Vertreter der Anklage empfiehlt der in juristischen Kreisen rühmlichst bekannte Verfasser zunächst Ermahnungen des Vorsitzenden, bei der Sache zu bleiben, oder sich beleidigender Aeußerungen zu enthalten, ferner, wenn der Staatsanwalt bei der Würdigung der Beweisergebnisse ein Beweismaterial benutzt, das nicht Gegenstand der Beweisaufnahme war, die Aufforderung, sich an dieses zu halten; weiter wird die Protokollirung dieses Vorgangs und des Wortlauts der betreffenden Aeußerung sowie auch die Verlesung nach § 273 der Strafprozeßordnung befürwortet, als äußerstes Mittel aber auch, wie seinerzeit an dieser Stelle geschehen, der Abbruch der Verhandlung angerathen. Diese Ausführungen sind vom Standpunkte des geltenden Rechts nicht zu beanstanden, und es ergiebt sich aus ihnen zunächst die Thatsache, daß man seitens des deutschen Richterthums gar nicht daran denkt, auf die Sitzungspolizei gegenüber dem Staatsanwalt Verzicht leisten zu wollen. Allerdings erfordert aber gerade die Anwendung der von Groschuff empfohlenen Ordnungsmittel eine in gleichem Maße taktvolle und doch entschiedene Haltung des Vorsitzenden, damit sie nicht zu äußerst peinlichen Vorkommnissen zwischen den staatlichen Behörden führt, durch die das Ansehen der Gerichte und der Rechtspflege ganz ungemein geschädigt werden müßte.

* Aus der im Hause Alleestr. 79 belegenen Wohnung eines Predigers wurde an einem der letzten Tage ein grauer Winterüberzieher im Werthe von 40 Mark gestohlen.

* Im Laufe des gestrigen Tages wurde die Hülfe der Feuerwehr mehrfach in Anspruch genommen. Gegen 9 Uhr Vormittags rückte eine Abtheilung unter Führung eines Offiziers nach der Querstraße aus, woselbst ein Pferd gestürzt war. Das Thier wurde in kurzer Zeit aus seiner hülflosen Lage befreit. — Um 11¼ Uhr wurde die Gasspritze nach der Oberwiek entsandt, woselbst auf dem Grundstück Nr. 91 der Inhalt einer Müllgrube in Brand gerathen war. Das Feuer wurde ohne große Mühe gelöscht. — Gegen 4¾ Uhr Nachmittags wurde ein Schornsteinbrand gemeldet und ging die Handdruckspritze nach dem Hause Pölitzerstraße 42 ab, dort wurde jedoch ein Feuer nicht vorgefunden.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin,** 13. Januar. Ein großer Krawall, welcher in der Nacht zum 5. Mai vorigen Jahres die Bewohner des Rosengartens in Aufregung versetzte, fand heute ein Nachspiel vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Unter der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, des thätlichen Angriffs auf einen Schutzmann und der Beamtenbeleidigung erschienen vor Gericht: der Arbeiter Max Zechert und die Steinsetzer Max Radunz, Kostowsky und Traugott Zechert, letzterer ist der Vater des Erstangeklagten. Zwischen einigen Steinsetzern hatte sich eine Schlägerei entsponnen, an der nach und nach immer mehr Personen theilnahmen, sodaß sich schließlich ein Knäuel von 40—50 schlagenden und schreienden Menschen bildete. Der Heidenlärm veranlaßte einige Passanten, den in der Nähe auf Posten befindlichen Schutzmann Grabowski herbeizurufen, dieser hatte sich dem Haufen kaum genähert, als sofort fast sämtliche Personen gegen ihn Front machten. Der alte Zechert soll die Aeußerung gethan haben: „Da ist Nummer 128, den kenne ich, den wollen wir uns kaufen", welcher Aufforderung auch sofort Folge gegeben wurde. Ein Mann packte den Z. von hinten am Halse und versuchte ihn niederzureißen, der Schutzmann vermochte sich jedoch des Angreifers zu erwehren, worauf er von der Waffe Gebrauch machte. Die ganze Gesellschaft wurde schließlich in ein Haus gedrängt, aus dessen Fenstern alsbald Flaschen, Biergläser, Steine und andere Wurfgeschosse auf die Straße flogen, es war ein förmliches, gegen den Schutzmann gerichtetes Bombardement. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Radunz derjenige gewesen sei, welcher den Beamten niederzureißen versucht habe. Auch hinsichtlich des Max Zechert wurde ein thätlicher Angriff gegen den Schutzmann für nachgewiesen erachtet, während gegen Traugott Z. nur eine Beleidigung festzustellen war. Demnach wurde Max Z. zu 9 Monaten, Radunz zu einem Jahr und Traugott Z. zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, Kostowsky wurde freigesprochen.

Stadt-Theater.

Vor ausverkauftem Hause ging gestern Auber's Oper „Die Stumme von Portici" zum ersten Mal in dieser Saison in Scene und fand unter der Regie des Herrn Krieg eine recht befriedigende Aufführung. Die Partie des „Masaniello" fand in Herrn Emil Walther einen durchaus geeigneten Vertreter, sein Fischerlied „Es wehen frische Morgenlüfte" und die „Barkarole" im zweiten Akt waren von trefflicher Wirkung und auch das Schlummerlied im vierten Aufzuge brachte der geschätzte Sänger in ansprechender Weise zu Gehör. Aeußerst wirksam verstand Herr Halper den „Pietro" zu gestalten, besonders fand er in dem Duett mit „Masaniello" und in der kleinen Arie des letzten Aktes Gelegenheit, seine schönen Stimmmittel zu entfalten. Den „Alfonso" gab Herr Wickert mit gutem Geschick wieder, allerdings hatte die Rolle nicht unerhebliche Streichungen erfahren. Für die „Elvira" war Frl. v. Hüttinger die geeignete Vertreterin, sie erfreute von neuem durch ihre frische Stimme und flottes Spiel. In sehr geschickter Weise entledigte sich Fr. Raupp der nicht ganz leichten Partie der „Stummen", ihr Auftreten war voller Anmuth und ihre Mimik außerordentlich wirksam. Die kleineren Rollen waren angemessen besetzt, Erwähnung verdienen hier vielleicht noch die Herren Krieg („Borella") und Joseph Walter („Selva"). Chor und Orchester führten unter der bewährten Leitung des Herrn Kapellmeisters Chemin-Petit ihre Aufgabe mit lobenswerthem Eifer durch, das „Gebet" im dritten Akt wurde sogar durch lebhaften Beifall ausgezeichnet. — —

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. Januar.

Wetter: Regen und Schnee. Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 756 Millimeter. Wind: W.

Weizen ruhiger, per 1000 Kilogramm loko 134,00—145,00, per April-Mai 149,00 B., 148,50 G., per Mai-Juni 150,00 B., 149,50 G.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 116,00—121,00, per April-Mai 123,00 bez., per Mai-Juni 124,00 bez., per September-Oktober 125,50 G., 126,00 B.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 111,00—116,00.

Spiritus matter, per 100 Liter a 100 Prozent loko 70er 31,6 bez., Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Nichtamtlich.

Petroleum loko 11,15, Kasse 5/12 Prozent.

Berlin, 13. Januar.

Weizen per Januar —,—, bis —,—, per Mai 150,50.

Roggen per Januar —,—, bis —,—, per Mai 124,50 per September —,—.

Rüböl per Januar 46,90, per Mai 46,90.

Spiritus loko 70er 32,20, per Januar 70er 37,30, per Mai 70er 37,90, per September 39,00.

Hafer per Mai 120,25.

Mais per Mai 92,50.

Petroleum per Januar 22,40, per Februar 22,40.

London, 13. Januar. Wetter: Milde.

Berlin, 13. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	105,75	London kurz	—,—
do. do. 3½%	104,90	London lang	—,—
do. do. 3%	99,40	Amsterdam kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	99,30	Paris kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	101,10	Belgien kurz	— —
do. do. 3%	96,20	Berliner Dampfmühlen	110,50
do. Landescred.-B. 3½%	—,—	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	66,00
Centrallandsch.Pfdbr. 3½%	102,00	„Union", Fabrik chem. Produkte	104,60
do. 3%	96,00	Varziner Papierfabrik	158,00
Italienische Rente	84,00	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,75
do. 3% Eisenb.-Oblig.	52,25	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk b. 1905	101,50
Ungar. Goldrente	103,00	Stett. Stadtanleihe 3½%	102,40
Rumän. 1881er am. Rente	99,75	**Ultimo-Kourse:**	
Serbische 4% 95er Rente	67,30	Disconto-Commandit	203,60
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—	Berliner Handels-Gesellsch.	146,20
Rum. amort. Rente 4%	87,25	Oesterr. Credit	220,60
Russ. Boden-Credit 4½%	103,60	Dynamite Trust	146,90
do. do. von 1880	101,50	Bochumer Gußstahlfabrik	146,50
Mexikan. 6% Goldrente	90,50	Laurahütte	142,60
Oesterr. Banknoten	168,40	Harpener	165,90
Russ. Banknoten Cassa	217,40	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	171,20
do. do. Ultimo	217,25	Dortm. Union St.-Pr. 6%	44,25
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	109,25	Ostpreuß. Südbahn	91,80
do. (100) 4%	—,—	Marienburg-Mlawkabahn	74,90
do. (100) 4%	102,50	Mainzerbahn	120,60
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	101,40	Norddeutscher Lloyd	101,50
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,40	Lombarden	42,10
Stett. Vulc.-Act. Litt. B	135,30	Luxemb. Prince-Henribahn	66,90
Stett. Vulc.-Prioritäten	141,60		
Stettiner Straßenbahn	102,00		
Petersburg kurz	216,80		

Tendenz: Ziemlich fest.

Paris, 11. Januar. (Schluß-Kourse.) Träge.

	11.	10.
3% amorti sirb. Rente	100,45	100,45
3% Rente	101,27½	101,32½
Italienische 5% Rente	83,30	83,40
4% ungar. Goldrente	101,75	101,50
4% Russen de 1889	100,50	100,00
3% Russen de 1891	88,65	88,60
4% unifiz. Egypten	102,00	102,85
4% Spanier äußere Anleihe	61,00	60,87
Convert. Türken	19,90	20,00
Türkische Loose	101,80	101,25
4% privil. Türk.-Obligationen	450,00	454,70
Franzosen	743,75	747,50
Lombarden	—,—	231,25
Banque ottomane	560,00	567,00
„ de Paris	761,00	747,00
Debeers	553,00	570,00
Credit foncier	688,00	686,00
Huanchaca	60,00	61,00
Meridional-Aktien	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	388,10	393,70
Suezkanal-Aktien	3180,00	3193,00
Credit Lyonnais	762,00	765,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	392,00	394,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	122 7/16
Wechsel auf London kurz	25,23½	25,23½
Cheque auf London	25,25	25,25
Wechsel Amsterdam k.	205,62	205,62
„ Wien k.	205,75	205,75
„ Madrid k.	408,00	405,50
„ Italien	8,25	8,12
Robinson-Aktien	238,00	243,00
4% Rumänier	—,—	86,10
5% Rumänier 1893	99,00	98,00
Portugiesen	25,00	25,12½
Portugiesische Tabaksoblig.	472,00	472,00
4% Russen de 1894	—,—	65,90
Langl. Estat.	138,75	140,00
3½% Russ. Anl.	95,30	95,25
Privatdiskont	1,50	—,—

Hamburg, 11. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Januar 10,80, per März 11,00, per Mai 11,15, per August 11,37½, per Oktober 11,72½, per Dezember 11,75. Still.

Hamburg, 11. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Januar 70,75, per März 70,00, per Mai 68,75, per September 65,00, per Oktober 63,00, per Dezember 61,75. Ruhig.

Bremen, 11. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Ruhig. Loko 6,75 B. Russisches Petroleum. Loko 6,40 B.

Wien, 11. Januar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,27 G., 7,29 B., per Mai-Juni 7,33 G., 7,35 B., per Herbst 7,41 G., 7,43 B. Roggen per Frühjahr 6,59 G., 6,61 B., per Herbst 6,41 G., 6,43 B. Mais per Mai-Juni 4,73 G., 4,75 B., per Juli-August 4,88 G., 4,90 B. Hafer per Frühjahr 6,41 G., 6,43 B.

Amsterdam, 11. Januar. Java-Kaffee good ordinary 52,00.

Amsterdam, 11. Januar. Banca-zinn 37,00.

Amsterdam, 11. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftslos, per März —,—, per Mai —,—, Roggen loko, do. auf Termine geschäftslos.

Antwerpen, 11. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 11. Januar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,75. — Ruhig.

Antwerpen, 11. Januar. Schmalz per Januar 72,00. Margarine ruhig.

Paris, 11. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 28,00 bis 28,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 30,50, per Februar 30,75, per März-Juni 31,50, per Mai-August 31,75.

Paris, 11. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per Januar 18,60, per Februar 18,85, per März-Juni 19,40, per Mai-August 19,65. Roggen ruhig, per Januar 10,95, per Mai August 11,75. Mehl matt, per Januar 40,35, per Februar 40,85, per März-Juni 41,90, per Mai-August 42,60. Rüböl fest, per Januar 55,00, per Februar 54,75, per März-April 55,00, per Mai-August 53,25. Spiritus matt, per Januar 30,75, per Februar 31,00, per März-April 31,25, per Mai-August 32,25. — Wetter: Frost.

Havre, 11. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Januar 89,00, per März 86,50, per Mai 84,75. Fest.

London, 11. Januar. 96proz. Javazucker 13,00, stetig. Rüben-Rohzucker loko 10 13/16, stetig. Centrifugal-Kuba 12,50.

Newyork, 11. Januar. (Anfangs-Kours.) Weizen per Mai 67,25. Mais per Mai 35,12.

Newyork, 11. Januar, Abends 6 Uhr.

	11.	10.
Baumwolle in Newyork	8 7/16	8 7/16
do. in Neworleans	7,87	7,87
Petroleum Rohes (in Cases)	8,75	8,75
Standard white in Newyork	8,00	8,00
do. in Philadelphia	7,95	7,95
Pipe line cert. Februar	173nom	173nom
Schmalz Western steam	5,72	5,77
do. Lieferung per Januar	—,—	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	3,37	3,37
Weizen willig.		
Rother Winter- loko	70,50	70,62
per Januar	67,50	67,62
per März	69,12	69,25
per Mai	67,00	67,12
per Juli	66,50	66,50
Kaffee Rio Nr. 7 loko	14,87	14,00
per Februar	13,30	13,05
per April	13,00	12,75
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,55	2,55
Mais kaum beh., per Januar	35,25	35,50
per Februar	35,12	35,12
per Mai	35,12	35,12
Kupfer	9,90	9,90
Getreidefracht nach Liverpool	3,12	3,12

Chicago, 11. Januar.

	11.	10.
Weizen willig, per Januar	56,62	57,00
per Februar	56,87	57,25
Mais kaum beh., per Januar	26,12	26,37
Pork per Januar	9,45	9,50
Speck short clear	nom.	nom.

Telegraphische Eisberichte.

Memel, 13. Januar. Seetief von Schmelz bis nach See eisfrei.

Pillau, 13. Januar. Seetief eisfrei. Haffschifffahrt geschlossen.

Neufahrwasser, 13. Januar. Hafen eisfrei, Revier mit Eisbrecherhülfe passirbar.

Swinemünde, 13. Januar. See und Fahrwasser eisfrei, Haff mit Eisbrecherhülfe passirbar.

Greifswalder Oie: Landtief wenig Treibeis.

Thiessow, 13. Januar. Greifswalder Bodden Treibeis.

Barhöft, 13. Januar. Eis im Abnehmen.

Warnemünde, 13. Januar. Unter-Warnow fast eisfrei, für Segelschiffe passirbar.

Wismar, 13. Januar. Seewärts bis zum alten Schweden zusammengeschobene Eisbank. Fahrrinne passirbar.

Travemünde, 13. Januar. Fast eisfrei.

Kaiser Wilhelm-Kanal: Eisfrei.

Schleimünde, 13. Januar. Obere Schlei Fahrrinne für Dampfer passirbar.

Aaroesund, 13. Januar. Hadersleben Föhrde schwaches Treibeis.

Wasserstand.

* **Stettin,** 13. Januar. Im Revier 5,42 Meter = 17′ 3″.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 13. Januar. Erzherzog Albrecht Salvator, welcher an einem Lungenkatarrh schwer erkrankt ist und sich zur Zeit in Davos in der Schweiz befindet, mußte wegen seines verschlimmerten Zustandes sich nach Bozen begeben.

Pest, 13. Januar. Die Sozialdemokraten beschlossen, der Milleniumsfeier demonstrativ fern zu bleiben, dagegen die Maifeier zur besondern Demonstration zu benutzen. Von dem Eintritt in einen Generalstreik wird abgesehen.

Anläßlich der Milleniumsfeier wird von den königlich ungarischen Staatsbahnen für das Herrscherhaus ein prachtvoll ausgestatteter neuer Hofzug hergestellt.

Paris, 12. Januar. Gestern Abend 8½ Uhr nahm der Untersuchungsrichter Meyer in Gegenwart des Journalisten Labruyere bei diesem eine zweite Haussuchung vor. Eine große Anzahl Schriftstücke wurden beschlagnahmt. „Rappel" meldet, in der Affaire Lebaudy sollen zwei wichtige Haussuchungen bevorstehen, davon eine bei einem höheren Offizier.

Die Nachforschungen nach den Artonschen Schriften werden gegenwärtig in Viszegrad betrieben, wo für die nächsten Tage sensationelle Verhaftungen bevorstehen.

Madrid, 13. Januar. Aus Kuba wird gemeldet, daß die Kolonnen der Generäle Navarro und Al[illegible]icon die Insurgenten, unter Befehl Maceos, eingeholt und geschlagen haben, nachdem sie denselben empfindliche Verluste beigebracht und deren feste Stellung erobert hatten. Ein Ortsvorsteher erklärte, er habe mehr als 150 Leichen der Insurgenten begraben lassen. Marschall Martinez Campos verlangt eine Verstärkung von zehn Schwadronen, welche sofort eingeschifft werden sollen.